

INTERNATIONALES KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG
POLITISCHER GEFANGENER IN WEST-EUROPA

sezione italiana
c/o avv. sergio spazzali
via moscova 13
I - 20122 milano
tel.: 63 95 52

sektion schweiz
c/o rechtsanwalt rambert
badener strasse 89
CH 8026 zürich
tel.: 23 24 33

sektion nederland
rechtsanwalt
pieter h. bakker schut
koningslaan 10
utrecht
tel.: 51 22 41

section belge
c/o cecile draps
14, boulevard emile de lavelaye
B - 4020 liege / luik
tel.: 414 30 301

sektion BRD
c/o rechtsanwalt croissant
lange strasse 3
D - 7000 stuttgart 1
tel.: 29 43 87

Stuttgart, den 18.8.1977

PRESSEMITTEILUNG

Die Behauptung, die RAF sei Urheber des Anschlags auf die Kanzlei von Müller und Newerla, die als letzte noch Gefangene aus der RAF verteidigt, ist in ihrer Abstrusität und Infamie ein neuer Beweis dafür, daß der zentral gesteuerte Einsatz der Medien und des gesamten kriminalistischen Apparats, die in der Terroristenbekämpfung üblich geworden sind, ihr Vorbild im dritten Reich haben.

Die letzten Beispiele:

1. Am 31.7.77 überfällt die Bundesanwaltschaft und das Baden-Württembergische LKA unter Führung von Oberstaatsanwalt Zeis mit einer Razzia das Büro. Dabei werden völlig grundlos die Schlösser im Haus ausgebaut, so daß das BKA und das Baden-Württembergische Landeskriminalamt jetzt im Besitz der Schlüssel sind.

Nach dieser Razzia behauptet die Bundesanwaltschaft (Zeis) über die Medien, im Büro sei das Original der Erklärung des Kommandos Ulrike Meinhof, das Buback erschossen hat, gefunden worden. Tatsache ist, daß ein Brief (in Kopie), wie er offensichtlich allen Zeitungen und Redaktionen zugegangen ist, beschlagnahmt wurde: der Bekennerbrief plus der Umschlag, in dem er mit der Post gekommen ist.

2. In der Nacht vom 14./15.8.77 explodiert eine Bombe vor dem Büro. Das Büro wird zum großen Teil zerstört. Obwohl das Büro Tag und Nacht observiert wird und jeder, der sich ihm nähert oder sich entfernt, fotografiert wird, hatte die Staatsanwaltschaft Stuttgart die Infamie, vom ersten Moment an zu behaupten, sie "ermittle in alle Richtungen".
(FAZ 16.8.77)

INTERNATIONALES KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG
POLITISCHER GEFANGENER IN WEST-EUROPA

sezione italiana
c/o avv. sergio spazzali
via moscova 13
I - 20122 milano
tel.: 63 95 52

sektion schweiz
c/o rechtsanwalt rambert
badener strasse 89
CH 8026 zürich
tel.: 23 24 33

sektion nederland
rechtsanwalt
pieter h. bakker schut
koningslaan 10
utrecht
tel.: 51 22 41

section belge
c/o cecile draps
14, boulevard emile de lavelaye
B - 4020 liege / luik
tel.: 414 30 301

sektion BRD
c/o rechtsanwalt croissant
lange strasse 3
D - 7000 stuttgart 1
tel.: 29 43 87

Stuttgart, 18.8.77

PRESSEMITTEILUNG/Seite 2

Und in der Welt, die neben der Bildzeitung direktes Sprachrohr des Staatsschutz ist, wird unter der Überschrift "Rätsel um Anschlag auf Büro Croissant" versucht, den Anschlag der Stadtguerilla in die Schuhe zu schieben.

(Welt 16.8.77 : "Dazu gehören auch Vermutungen, nach denen die Bombenexplosion vielleicht nur ein ungewollter "Betriebsunfall" gewesen sei.")

Gestern schließlich lanciert das BKA die Meldung in die ZDF-Nachrichtensendung "Heute", der Verdacht, daß die Bombe von der RAF gelegt sei, verdichte sich, weil Teile der Bombe früher schon benutzt oder in Wohnungen gefunden wurden . Eine Meldung lautete ... "Wochen vorher in einer anderen..." und eine weitere Meldung ... "Jahre vorher in einer Frankfurter Wohnung gefunden..." .

Eine Behauptung, die schon deshalb absurd ist, weil die RAF Sprengstoff - was bekannt ist - zuletzt 1972 gegen die US-Kommandozentralen des Völkermords in Vietnam auf deutschem Boden eingesetzt hat.

Wir haben in der Pressekonferenz vom 15.8.1977 erklärt, daß wir nicht glauben, daß rechtsradikale Gruppen für diesen Bombenanschlag verantwortlich sind - es sei denn, wie 1973 in Nordrhein-Westfalen, wo klar wurde, daß rechte Gruppen vom Verfassungsschutz infiltriert sind.

Wir halten den Anschlag gegen das Büro für eine Methode der internationalen Counterinsurgency, die im Algerienkrieg zum ersten Mal angewendet, durch den CIA perfektioniert und später in Nordirland massenhaft eingesetzt wurde. In Spanien wurden nach dieser Methode im Januar 1977 auf dem Höhepunkt der Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen sechs Rechtsanwälte getötet.

INTERNATIONALES KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG
POLITISCHER GEFANGENER IN WEST-EUROPA

sezione italiana
c/o avv. sergio spazzali
via moscova 13
I - 20122 milano
tel.: 63 95 52

sektion schweiz
c/o rechtsanwalt rambert
badener strasse 89
CH 8026 zürich
tel.: 23 24 33

sektion nederland
rechtsanwalt
pieter h. bakker schut
koningslaan 10
utrecht
tel.: 51 22 41

section belge
c/o cecile drups
14, boulevard emile de lavelaye
B - 4020 liege / luik
tel.: 414 30 301

sektion BRD
c/o rechtsanwalt croissant
lange strasse 3
D - 7000 stuttgart 1
tel.: 29 43 87

18.8.77

- 3 -

Es ist evident, daß, sollten bei dieser Bombe früher bei linksradikalen Gruppen gefundene oder beschlagnahmte Teile verwendet worden sein, dies ein Indiz dafür ist, daß diesem Anschlag ein Mordkomplott der Geheimdienste gegen die Rechtsanwälte zugrunde liegt, das Bestandteil der sich seit Monaten verschärfenden Hetze gegen die Verteidiger ist, die unter dem Druck der Repression noch nicht resigniert haben oder zu Werkzeugen der Desinformationspolitik des Staatsschutz verkommen sind.

IVK - Sektion BRD

Rechtsanwälte Müller und Newerla

Rätsel um ^{die Welt} Anschlag auf ^{16.8.77} Büro Croissant

WALTER PFUHL/DW. Stuttgart

Das baden-württembergische Landeskriminalamt hat noch keine Anhaltspunkte dafür, in welchen Kreisen die Täter zu suchen sind, die in der Nacht zum Montag auf das Büro des nach Frankreich geflüchteten Rechtsanwaltes Klaus Croissant einen Sprengstoffanschlag verübt hatten. Bei dem Anschlag entstand erheblicher Sachschaden, Menschen wurden nicht verletzt.

Ein Sprecher der Stuttgarter Staatsanwaltschaft erklärte, es werde „in alle Richtungen ermittelt“. Dazu gehören auch Vermutungen, nach denen die Bombenexplosion vielleicht nur ein ungewollter „Betriebsunfall“ gewesen sei. Mit Interesse wurde in Stuttgart auch vermerkt, daß der 34jährige Rechtsanwalt Arndt Müller, der zum Büro Croissant gehört, und sein Kanzleigehilfe Volker Speitel, der Ehemann der im Mordfall Ponto gesuchten Angelika Speitel erklärten, sie hätten kurz vor der Explosion gegen 3.15 Uhr „Besuch von politischen Freunden“ in der Kanzlei in der Stuttgarter Langstraße 3 gehabt. Bei den Besuchern handelte es sich um Demonstranten, die zuvor vor dem Stuttgarter Justizministerium und vor der Wohnung des mit dem Baader/Meinhof-Prozeß betrauten Richters Eberhard Foth gegen die „Behandlung der Gefangenen in Stammheim“ protestiert hatten.

Rechtsanwalt Müller und der ebenfalls im Croissant-Büro tätige Anwalt Arndt Newerla machte noch in der Nacht die Bundesanwaltschaft für den Anschlag politisch verantwortlich. Sie erklärten, „dieser Anschlag am Morgen des siebten Tages des Durststreiks der Gefangenen der Rote Armee Fraktion (RAF) um bessere Haftbedingungen gegen das Büro der Anwälte, die immer noch für die Menschenrechte der Gefangenen eintreten, ist das Ergebnis der Hetze von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann gegen die angebliche Informationszentrale der RAF (das Croissant-Büro)“.

Die Bundesanwaltschaft hat sich gestern noch nicht in die Ermittlungen um den Sprengstoffanschlag eingeschaltet. Ein Sprecher erklärte auf Anfrage, es gebe noch keine Anzeichen dafür, daß hinter dem Anschlag eine terroristische Vereinigung stehe.

Über den Zustand der rund 40 in der Bundesrepublik inhaftierten Anarchisten, die sich im Hunger- und Durststreik befinden, gehen die Darstellungen auseinander. Während Behörden von einem „ernsten, aber nicht lebens-



Noch im vierten Stock, eine Etage unter der Kanzlei der Rechtsanwälte Croissant, Müller und Newerla, richtete die Bombe schweren Schaden an.

FOTO: CARL STAEDELE / DPA

bedrohenden Zustand“ mehrerer Inhaftierter sprechen, nannten die Anwälte von fünf Stammheimern und drei Hamburger Baader/Meinhof-Häftlingen den Zustand ihrer Mandanten „besorgniserregend“. Man könne nicht damit rechnen, „die Mandanten noch alle lebend anzutreffen“, hieß es in einer in Hamburg veröffentlichten Erklärung.

Ziel des Hunger- und Durststreiks ist die Zusammenfassung der Inhaftierten in größeren Gruppen. Nach Angaben der Hamburger Anwältin Franziska Piontek haben die Häftlinge „keine Zweifel daran gelassen, daß ihr Willen, die Verwirklichung ihrer Forderung zu erkämpfen, nur durch ihren physischen Tod zu brechen ist“.

Die ärztliche Untersuchung der Häftlinge, bereitet den Behörden offenbar zunehmend Schwierigkeiten. Die in Zweibrücken inhaftierten Klaus Jünschke und Manfred Grashof lehnen eine ordnungsgemäße Untersuchung ab. Seit Freitag beziehungsweise Sonntag werden die im Stockholm-Prozeß verurteilten Lutz-Manfred Tauber, Karl-Heinz Dellow, Bernhard Maria Rössner und Hanna-Elise Krabbe sowie Siegfried Haag und Roland Oskar Meyer zwangsernährt.

Der nordrhein-westfälische Justizminister Dieter Posser und ein Sprecher des Stuttgarter Justizministeriums bekräftigten gestern, daß sie den Forderungen der Inhaftierten nicht nachkommen werden. Aus diesem Grund besteht

auch die Einzelhaft für Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe fort. Sie wird erst aufgehoben, wenn die Gefangenen ihren Streik beenden sollten. Posser bezeichnete in einem Interview mit dem „Westdeutschen Rundfunk“ die Maßnahmen gegen die Häftlinge als „notwendig und von allgemeinem Interesse“. Er nehme die Drohung ernst, daß ein Unbeteiligter getötet würde, falls einer der Gefangenen sterben sollte.

Der im Ruhestand lebende Pfarrer Helmut Ensslin, der Vater von Gudrun Ensslin hat am Wochenende Landesbischof Helmut Claß zu einem Gespräch aufgesucht. Es wird angenommen, daß er Claß um eine kirchliche Intervention zugunsten der Häftlinge gebeten hat.

Die Kirchenleitung der evangelischen Kirche St. Magni in Braunschweig hat darauf verzichtet, gegen die rund 30 Besetzer, die von Samstag auf Sonntag in der Kirche gegen die Behandlung der BM-Häftlinge protestiert hatten, Anzeige zu erstatten. Zur Begründung hieß es, die Besetzung sei ohne Sachschaden friedlich zu Ende gegangen.

Die internationale Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International hat Bundesjustizminister Vogel und den baden-württembergischen Justizminister Traugott Bender dringend um Informationen über den Zustand der BM-Häftlinge ersucht. Amnesty International betonte, die Besorgnis der Organisation habe allein humanitäre Gründe.

Nachdruck des „Buback-Nachrufs“ verteidigt

Brief der Herausgeber an Glotz / „Mit Inhalt nicht identifiziert“

hach. BERLIN, 15. August. Die Berliner Herausgeber der „Dokumentation Buback — ein Nachruf“ haben in einem Brief an Wissenschaftssenator Glotz ihr Vorgehen verteidigt und gleichzeitig mitgeteilt, dies bedeute nicht die Identifikation mit dem Inhalt des — zuerst in Göttingen anonym erschienenen — Textes. Sie verlangen nach Darstellung der Deutschen Presseagentur die Einstellung aller gegen sie eingeleiteten Straf- und Disziplinarverfahren. Die zwölf Berliner Hochschullehrer und Anwälte reagieren mit ihrer Antwort auf einen Aufruf des Senators Anfang Juli, sich von dem „Nachruf“ zu distanzieren. Glotz befindet sich derzeit in den Ferien. Ein Sprecher seines Hauses berichtete am Montag auf Anfrage, daß man den Brief in der eingegangenen Post vergeblich gesucht habe; der Senator werde fortlaufend unterrichtet. Glotz hatte in seinem offenen Brief an die Berliner Herausgeber des Nachdrucks die Aufforderung gerichtet: „Bekämpfen Sie diesen Staat, wenn Sie es für notwendig halten; aber bekämpfen Sie ihn nicht mit Pensionsberechtigung. Scheiden Sie aus einem Dienstverhältnis aus, das dann seinen Sinn verloren hat.“

In der „gemeinsamen Antwort der Berliner Herausgeber“ der Dokumentation heißt es jetzt, man wolle eine „Schutzfunktion für den Göttinger und andere ASten übernehmen sowie das Recht auf Publizierung des Artikels unterstreichen“. Die Herausgeber „erinnern die demokratisch denkende Öffentlichkeit daran, daß dieses Grundrecht bedroht wird, wenn es gerade in kritischen Fällen nicht praktiziert wird“. Die „staatliche und publizisti-

sche Kampagne“ habe mit einem Text hantiert, der nicht bekannt war. Es seien lediglich Passagen zitiert worden, „die, aus dem Zusammenhang gerissen, Entsetzen hervorrufen sollten“. Die Intention des Artikels sei so in ihr Gegenteil verkehrt worden. Die rasche Publizierung des ganzen Artikels sei daher „ein notwendiges Mittel öffentlichen Protests gegen staatliche Gewalt und publizistischen Rufmord“ gewesen.

Man teile „die Auffassung des Verfassers, Mord als Mittel politischer Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft abzulehnen“. Die Herausgeber nehmen die Gefühlssituation des Verfassers als Ausdruck einer verbreiteten politischen, beruflichen und sozialen Misere vieler Heranwachsender zur Kenntnis. Indem der Verfasser seine Gefühle äußere, sich mit ihnen auseinandersetze und zu einem Urteil komme, unterstütze er „nicht latent vorhandene Bereitschaften zur Gewalttätigkeit, sondern stellt sich ihnen entgegen“. Dies unterscheide den Text von „faschistischen Hetzparolen, die umgekehrt die Vernunft zugunsten massenwirksamer Emotionalisierung ersticken“, heißt es in dem Brief an den Berliner Wissenschaftssenator.

Auch die Herausgeber des Göttinger „Nachrufs“ aus anderen Städten haben am Montag in einer Erklärung kundgetan, sie lehnten Terror als Mittel politischer Auseinandersetzung ab. Anstatt aber „die gesellschaftlichen Ursachen des politischen Terrorismus zu untersuchen“, stempelte man den Autor des Artikels, die Herausgeber des „Nachrufs“ und die Universitäten insgesamt als Sündenböcke ab.

Sprengstoffanschlag auf Büro Croissant

Keine Verlegung der verurteilten Terroristen nach Stammheim

STUTTGART, 15. August (dpa). Auf das Stuttgarter Büro des nach Frankreich geflüchteten Rechtsanwalts Croissant ist in der Nacht zum Montag ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Menschen wurden nicht verletzt. In welchen Kreisen die Täter zu suchen sind, war am Montag noch nicht zu übersehen. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärte: „Es wird in alle Richtungen ermittelt.“

Nach den ersten Ermittlungen der Polizei wurde im Treppenhaus vor dem Rechtsanwaltsbüro eine Rohrbombe mit Zeitzünder ausgelöst. Unmittelbare Tatzeugen gibt es den Angaben zufolge nicht. Es entstand „erheblicher Sachschaden“.

In den Räumen der Anwaltskanzlei befanden sich zum Zeitpunkt der Detonation — gegen 3.15 Uhr früh — der Rechtsanwalt Arndt Müller und der Angestellte Volker Speitel, der Ehemann der im Zusammenhang mit dem Mordfall Ponto gesuchten Angelika Speitel. Müller sprach nach dem Anschlag von einem „Mordanschlag“ und zog eine Verbindung zu dem gegenwärtigen Durststreik der Gefangenen aus der „Roten-Armee-Fraktion“ (RAF).

Dieser Anschlag sei das Ergebnis der „Hetze von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann gegen die angebliche Informationszentrale der RAF (das Croissant-Büro)“, sagte Müller.

Posser begründet Zwangsernährung

L. B. DÜSSELDORF, 15. August. Der nordrhein-westfälische Justizminister Posser (SPD) hat die Zwangsernährung der zu lebenslanger Haft wegen doppelten Mordes verurteilten Stockholm-Terroristen Krabbe, Dellwo, Rössner und Tauber als notwendig bezeichnet, weil die Allgemeinheit ein Interesse am weiteren Leben der Häftlinge habe. Posser sagte in einem Interview, man habe aus der Terroristszene mit neuen Mordanschlägen gedroht, wenn einer der Häftlinge sterben werde. Ebenso wie die genannten vier Terroristen, die eine siebenwöchige Nahrungsverweigerung Anfang August nur für wenige Tage unterbrochen hatten, werden seit dem Wochenende auch der in Köln als Untersuchungshäftling sitzende Rechtsanwalt Haag und sein mutmaßlicher Komplize Roland Oskar Mayer zwangsweise ernährt.